

Aus dem Kreistag:

Abfallverwertung steht auf der Tagesordnung

Seit einigen Jahren werden im Kreis Erfahrungen mit Modellversuchen zur Abfallverwertung gesammelt: 300 Depotcontainersysteme wurden kreisweit aufgestellt, das Sack-Holsystem in Eckernförde und die Grüne Tonne in Hohn eingeführt sowie Problemmüllsammeltermine vermehrt. Die getrennte Sammlung organischer Abfälle im Kieler Umland steht unmittelbar bevor.

Und dennoch: der Müllberg in Alt Duvenstedt wächst und wächst mit all seinen ökonomischen und ökologischen Folgeproblemen.

Nur eine drastische Müllvermeidung und -verminderung wird dieses Problem letztlich lösen können. Gesetzgeber, Industrie und jeder einzelne sind zur Umkehr aufgefordert.

Was dennoch als unvermeidbarer Abfall übrig bleibt, muß viel stärker als bisher getrennt gesammelt und wiederverwertet werden. Zu diesem Zweck wird der Kreis grünes Licht zur Einrichtung von Recycling-Centren zunächst als Modellversuche geben. Damit ist ein wichtiger Schritt in Richtung Abfallverwertung getan.

Die SPD-Kreistagsfraktion setzt sich für den weiteren Ausbau von Recycling-Experimenten ein. Auf der Grundlage der so gewonnenen praktischen Erfahrun-

gen wird in etwa drei Jahren eine grundsätzliche Entscheidung über den Einstieg in eine kreisweite Recycling-Wirtschaft zu fällen sein. Die SPD hat keine langfristigen Bindungen in Müllverträgen akzeptiert, um den Entscheidungsspielraum in der Abfallpolitik zu erhalten.

Das Land wird in den nächsten Jahren die Anforderungen an eine Abfallwirtschaft präzisieren und verschärfen. Wir müssen auf Kreisebene darauf vorbereitet sein. Wir können darüber hinaus gerade im Rendsburger Raum landesweit Vorreiter werden.

Sollte sich die, außer in den Städten Rendsburg und Eckernförde, privat organisierte Müllabfuhr als Hindernis bei der Verwirklichung einer ökonomisch tragbaren und ökologisch erforderlichen Abfallverwertung erweisen, muß über eine vollständige Kommunalisierung nachgedacht werden.

Unsere Marktwirtschaft macht nämlich da keinen Sinn, wo die Konkurrenz ausgeschaltet wird und ein Monopolist risikofrei garantierte Gewinne aus dem Gebührenaufkommen erzielen kann.

Die städtischen Müllabfuhrunternehmen in Eckernförde und Rendsburg könnten dann zu Keimzellen für ein kreisweit einzurichtendes, öffentliches Abfallunternehmen werden. Helmut Mikelskis

Der Feuerzauber vom Eichkoppelweg

Was in 80 Jahren durch fleißige Hände in 70 Gärten gepflanzt und mit Hilfe der Natur zu stattlichen Bäumen, Sträuchern und Hecken gediehen ist, das ergibt, herausgerissen und abgesägt, schon einen gewaltigen Berg. Dazu kamen Gartenlauben und Veranden und was sonst von den Kleingärtnern nach Aufgabe der Gärten zurückgelassen wurde. Plastiktüten und -behälter, Düngerreste und Farbdosen, Teerpappen und Plastikdächer. Eine brisante Mischung, wenn es in Brand gerät.

Am 8. Dezember 1988 war es dann soweit. Durch Brandstiftung (?) war dieser Berg dann tatsächlich in Brand geraten. Wie der Brandstifter bei regnerischem und stürmischem Wetter dieses Feuer in Gang gesetzt hat, daß schon 20 Minuten nach Arbeitschluß auf der Baustelle die Flammen 8 bis 10 Meter hoch in den Himmel schlugen, verrät die Hand eines geübten Pyromanen.

Zum Glück war die Freiwillige Feuerwehr Kronshagen sogleich zur Stelle. Während die Feuerwehrleute in Matsch und Dreck des aufgeweichten Geländes die Bäume des Friedhofes Eichhof vor den Flammen bewahrten, mußten Fußgänger und Radfahrer selbst für ihre Sicherheit sorgen. Der Rad- und Gehweg war durch dort abgestellte Feuerwehrfahrzeuge blockiert, so daß Radfahrer und Fußgänger auf die Straße ausweichen mußten. Zum Glück hinderte die Neugier, etwas von dem Spektakel mitzubekommen, die Autofahrer daran, die hier sonst übliche Geschwindigkeit zu fahren.

Ein besorgter Gemeindevertreter machte eine öffentliche Anfrage bei der Verwaltung, ob dies alles mit rechten Dingen zugegangen sei. Ja, sei alles rechtens, bis auf die Brandstiftung, sagte der Bürgermeister in seiner Antwort, und er konnte alles mit Paragraphen begründen.

Liebe und Verträge — paßt das zusammen?

Das Thema lautet: »Rechtsfragen in Ehe und Partnerschaft«, zu dem die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) Kronshagen eingeladen hatte. Renate Reupke, Rechtsanwältin und Notarin, stellte anhand fiktiver Lebensläufe von Frauen typische Lebensplanungen und -situationen mit entsprechenden Rechtsproblemen dar. Sie machte u.a. deutlich, daß das 1977 geschaffene neue Eherecht mit der Aufhebung des Schuldprinzips, dem Versorgungsausgleich und Unterhaltsrecht die Situation der Frauen erheblich verbessert habe. Trotzdem seien es in vielen Fällen eher die Frauen, die neben der Kindererziehung die aus der Ehe stammenden Lasten allein zu tragen hätten. — Großes Interesse fand auch das elterliche Sorgerecht, das z.Z., so Frau Reupke, nicht in den meisten Fällen dem Wohlergehen der Kinder diene, die ohnehin die Leidtragenden der Trennungsschwierigkeiten ihrer Eltern seien. Für die Zukunft zeichne sich ein Bild der »biologischen Familie« ab, die es zu erhalten gelte. Das bedinge aber ein Scheidungsverfahren, das das Verhältnis der Partner nicht nachhaltig zerstört. Es würde gleichzeitig größere Chancen für die gemeinsame Ausübung des elterlichen Sorgerechts eröffnen.

Die Frage, ob »Liebe und Verträge zusammenpassen«, wurde von der Rednerin bejaht. Z.B. sei es auch in einer Partnerschaft notwendig, sich durch Verträge zu schützen. Der Gesetzgeber werde sich in nächster Zeit mit einer Regelung (notwendig vor allem im Sozialrecht) beschäftigen müssen, die allerdings so aussehen werden, daß die Ehe in unserer Gesellschaft die bevorzugte Gemeinschaft bleibt.

M. Sakmirda



SOZIALDEMOKRATEN
FÜR EUROPA

Impressum: Kontakte
Sozialdemokratische Bürgerzeitung Kronshagen
Herausgeber: SPD Kronshagen
V.i.S.P. Cord P. Lubinski
Elsa-Brandström-Str. 12; T: 54 27 58
Druck: Martin-Druck, Kiel

kontakte

Sozialdemokratische Bürgerzeitung

Februar 1989

Zur Kindergartensituation in Kronshagen

Die KN informierten kürzlich in einer Artikelserie über die Kindergartensituation in Kiel. Auch in Kronshagen sind die Wartelisten (im Kindergarten- und Hortbereich) lang, und auch hier werden Kinder im Säuglingsalter angemeldet, um ihnen einen Platz zu sichern.

Kronshagen hat mehr als 200 Kindergartenplätze (Halbtags-, Ganztags- und Hortplätze), davon etwa 100 in der kommunalen Kindertagesstätte und etwa 120 in Einrichtungen der evangelischen Kirche. Die kirchlichen Kindergärten werden zu einem großen Teil von der Kommune bezuschußt. Aber es wäre für die Gemeinde Kronshagen wesentlich teurer, gäbe es die kirchlichen Einrichtungen nicht und müßten alle Plätze in kommunalen Kindergärten angeboten werden.

Die Bezuschussung an die beiden

kirchlichen Träger (Diakonisches Werk Kiel und Christusgemeinde Kronshagen) wurde 1983 letztmals erhöht. Sie reicht nicht mehr aus, um die Defizite auszugleichen. Eine deutliche Erhöhung der Zuschüsse durch die Kommune ist nach Meinung der SPD-Fraktion deshalb jetzt dringend erforderlich. Der Vorschlag des Bürgermeisters in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung ging jedoch von einer so geringen Erhöhung aus, daß (in ihrem Ausmaß nicht offengelegte) Auswirkungen auf die Elternbeiträge die zwangsläufige Folge wären.

Die Beschlußfassung über die Zuschüsse an die kirchlichen Kindergärten wurde mit Zustimmung der SPD-Fraktion auf die Sitzung der Gemeindevertretung am 7.3.89 verschoben. Die SPD-Fraktion wird sich weiterhin dafür einsetzen, daß die

Zuschüsse angemessen erhöht werden. Kronshagen nennt sich jetzt eine sportlerfreundliche Gemeinde. Kronshagen könnte künftig auch eine kinderfreundliche Gemeinde werden.

Margarete Haller
stellv. Vorsitzende des Ausschusses
für Schulen und Kultur



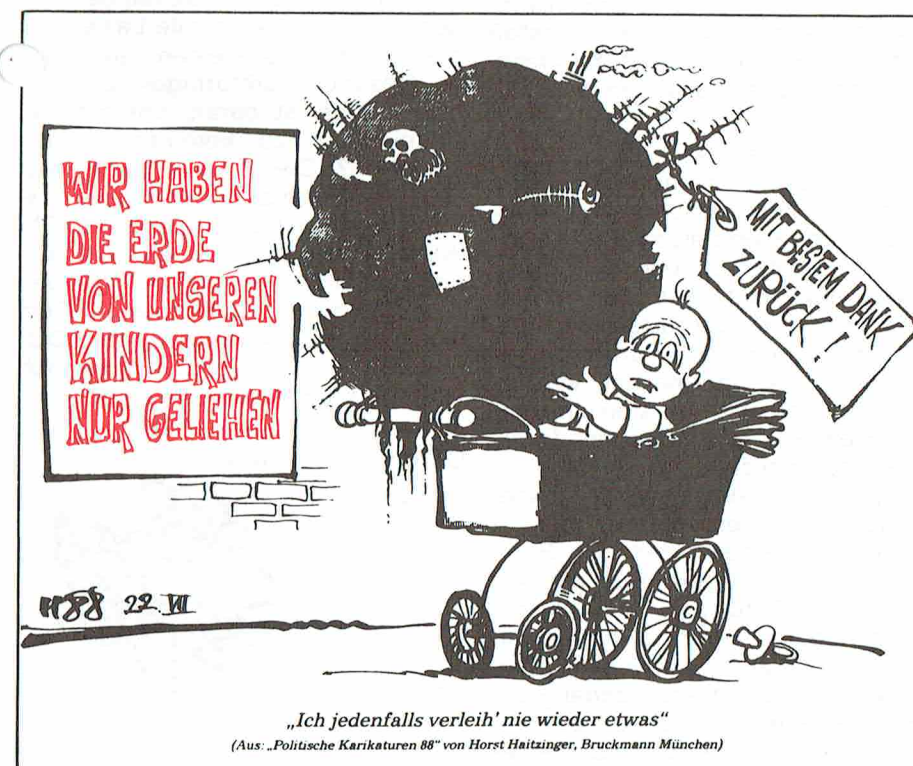
Es ist soweit

Am 30. März 1989 findet in Kronshagen der 1. Markttag statt. Dann hat es seit der Antragstellung genau 1 Jahr gedauert, bis dieser Wochenmarkt beginnen kann. Am 1.3.1988 beantragte die SPD, drei mögliche Standorte für einen Wochenmarkt zu untersuchen. U.a. war auch der jetzt beschlossene Standort an der Bahnlinie neben der Ladenzeile Kieler Straße vorgeschlagen. Die Gemeindeverwaltung führte eine Standortuntersuchung durch, die fünf mögliche Standorte beinhaltete.

In einem Beschlußvorschlag für die Gemeindevertretung am 6.9.88 sollte für den Wochenmarkt eine Fläche an der Kieler Straße/Seilereie hergerichtet werden. Nach einer Bürgeranhörung und zum Teil berechtigten Einwänden von betroffenen Bürgern wurde dieser Standort verworfen.

Wir hoffen, daß wir mit unserem Vorschlag, den Wochenmarkt auf dem Parkplatz an der Bahnlinie durchzuführen, die Mehrheit der Kronshagener Bürger ansprechen. Mehr als 20 Marktbesucher haben ihr Interesse bereits bekundet. Aus ihrer Sicht solle der Wochenmarkt eine Bereicherung für unser »Dorf« sein.

Nun wünschen wir uns, daß viele Kronshagener den Wochenmarkt annehmen und mithelfen, daß er für Kronshagen eine Bereicherung und Attraktion bleibt.



Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,

der Haushaltsplan der Gemeinde Kronshagen ist verabschiedet. Es ist dies das erste Mal seit 1981, daß ein Haushaltsplan nicht im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen - einen Monat vor Beginn des neuen Haushaltjahres - verabschiedet wurde. Anlaß für diese Zeitverzögerung waren jedoch nicht finanzielle Schwierigkeiten oder gar fehlende politische Mehrheiten wie in anderen Gemeinden. Die Gemeindeverwaltung konnte ihrer Pflicht auf fristgerechte Vorlage eines Haushaltes nicht nachkommen, da der verantwortliche Beamte der Finanzabteilung erkrankt war. Für wahr: Dies ist ein Armutszeugnis für eine Verwaltung einer Gemeinde mit über 12.000 Einwohnern. Der Bürgermeister bat zwar die Fraktionen die Beratung des Haushaltsplanes aufgrund der Erkrankung des »Kämmerers« zu verschieben, kam aber der Aufforderung des Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktion in dieser Situation zu vereinbaren, was in der »haushaltlosen Zeit« geschehen solle nicht nach, obwohl über diesen Vorschlag zwischen den Fraktionen im Gemeinderat Übereinstimmung bestand. So konnten dann, wie von der SPD vorausgesehen, ab 1.1.89 freiwillige Leistungen der Gemeinde (wie die Zuschüsse für Besucher aus der DDR) nicht gezahlt werden.

1980 war das noch anders! Hier schlug der damalige Bgm. den Fraktionen aufgrund geplanter gesetzgeberischer Maßnahmen der damaligen Landesregierung vor, den Haushaltsplan für 1981 im Januar zu verabschieden.

Apropos Bürgermeister! In den Haushaltsberatungen bewahrheitete sich, was sich über das ganze Jahr 1988 andeutete. Der Bgm. sieht sich nicht als Verwaltungschef und Bürgermeister aller Kronshagener Bürger, sondern stellt sich im »Parlament« als 14. CDU-Gemeindevertreter dar. Hier ist er zur Zeit der politische Sprecher. Die Funktion des Fraktionsvorsitzenden der CDU scheint er schon stillschweigend okkupiert zu haben. Aber das soll der politische Gegner in seinen Reihen klären. Die SPD-Fraktion wird sich jedoch auf die Situation einstellen. Offener Szenenapplaus der CDU-Fraktion für »ihren« Bürgermeister in der Gemeindevertreter-sitzung wird politische Reaktionen der SPD-Fraktion nicht nur in der Gemeindevertretung herausfordern.

Der Haushalt selbst mußte von der SPD abgelehnt werden. Nach einigen Jahren der Gemeinsamkeit in der Beschlußfassung, konnte die SPD dem Vermögenshaushalt ihre Zustimmung nicht geben, da insbesondere die Haushaltsansätze für einen neuen Bauhof und ein neues Feuerwehrgaragehaus nicht gebilligt werden konnten. Sie entsprachen nicht den vorgeschriebenen gesetzlichen Bestimmungen (§ 9 Gemeindehaushaltsverordnung). Weder war ein Grundsatzbeschluß für die Baumaßnahmen gefaßt, noch lagen die erforderlichen Unterlagen (z.B. Finanzierungsvorschläge, Kostenschätzungen, Alternativvorschläge, Baupläne, Folgekostenberechnungen und, und...), die den Gemeindevertretern ein sachkundiges Urteil erlaubt hätten, vor. Das gleiche galt für den Haushaltsansatz: Bau einer Sporthalle. Hier wird das Verfahren schon über ein Jahr vor sich hergeschoben, ohne daß es bisher zu der von der Vertretung gewünschten Vorlage von Entscheidungsunterlagen (Bedarfsanalyse) gekommen ist.

Wie die Gemeinde die hier insgesamt veranschlagten ca. 2,5 Millionen DM im Jahr 1989 »verbauen« will, kann wohl nur der Bürgermeister beantworten. Meine Fraktion zumindest ist der festen Überzeugung, daß eine solche Summe aufgrund des bisher vorliegenden Planungsstandes in 1989 nicht ausgegeben werden kann. Also auch hier wieder ein Verstoß gegen das Haushaltsrecht, das Wahrheit und Klarheit für einen Haushalt verlangt.

Der Haushaltsberatung vorausgegangen war eine heftige Diskussion über die Bezuschussung von Kindergarten- und Hortplätzen. Die Kirche hatte Mitte des Jahres 1988 einen Antrag auf Zuschuß für den von ihr betriebenen Kindergarten und die von ihr vorgehaltenen Hortplätze gestellt. Dem Bürgermeister war es nicht möglich, in 6 Monaten eine einwandfreie von jedem Gemeindevertreter nachvollziehbare Vorlage zu fertigen. An diesem Beispiel - insbesondere der internen Beratungen - zeigte sich erneut, daß der Bgm. Dr. Darsow nicht gewillt ist, als Verwaltungschef zu agieren, sondern daß er Ideologie transportieren will. Da wird auf alte Gemeinsamkeiten mit der Kirche, auf Absprachen oder Verträge keine Rücksicht genommen oder aber diese Verträge nach eigenem

Gusto ausgelegt. Das Subsidiaritätsprinzip (es verbietet der politischen Gemeinde in einer Aufgabe in Konkurrenz zu den Wohlfahrtsverbänden zu treten) wird mißachtet. In diesem Zusammenhang spricht der Bgm. - Nebelkerzen werfend - vom unternehmerischen Risiko, daß die Kirche zu tragen verpflichtet wäre. Dabei wird unterschlagen, daß kein Träger von Kindergarten- oder gar Hortplätzen einen Unternehmergewinn machen kann. Dies gelingt auch nicht der Gemeinde Kronshagen in ihrem Kindergarten.

Die Kirche soll, obwohl aus ihrem Haushaltsansatz keine überhöhten Kosten nachgewiesen werden konnten, zum Teilausgleich ihres Haushaltes die Elternbeiträge anheben. Dabei werden die vertraglich zu übernehmenden Eigenleistungen durch die Kirche schon erbracht. Ist die der Kirche zugemutete Erhöhung der Elternbeiträge der Einstieg auch in die Erhöhung dieser Beiträge im kommunalen Kindergarten? Es ist wohl doch richtig, was aufgrund von Aussagen des Bgm. Dr. Darsow behauptet wird, daß er zumindest keine Hortplätze will. Ist die ihm zugeschriebene Aussage richtig, in der es hieß? »Wenn Mütter Kinder zu erziehen haben, sollen sie doch zu Hause bleiben.« Dies wäre u.a. die vorg. angesprochene Ideologie, die zu transportieren gilt. Dies zu einem Zeitpunkt, wo man sich seitens der Mehrheitsfraktion rüstet, mit offenen Händen das Geld zu verteilen - d.h. den Sport mit mindestens 1,5 Mill. DM bezuschußt und die Feuerwehr mit über 3 Mill. DM »fördern« will. Da bleibt für aktive Familienpolitik im Rahmen der kommunalpolitischen Möglichkeiten kein Raum mehr. Hier übt man Schultertschluß mit denjenigen in Bonn, die soziale Lasten auf die Schultern der kleinen Leute - siehe Gesundheitsreformgesetz - verlagert. Was ist daran, um auf den Parteienamen zu kommen, noch christlich? Dies schien zumindest auch dem formal das Amt des Fraktionschefs der CDU ausübenden GV. Wilhelms aufgegangen zu sein. Er beantragte, die erneute Beratung in den Ausschüssen vorzunehmen. Dem wurde bei 5 Gegenstimmen der CDU-Fraktion gefolgt. Es besteht also noch Hoffnung auf bessere Einsicht.

Ihr
Cord Peter Lubinski



Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger!

Im Januar dieses Jahres hatte die SPD-Kronshagen ihre Jahreshauptversammlung und wie der Charakter einer solchen Veranstaltung nun einmal ist, wird Bilanz über das vergangene Jahr gezogen und Perspektiven für die Zukunft werden diskutiert.

Über die Bilanz brauchen nicht viel Worte gemacht zu werden, denn Sie sind sicherlich über die Aktivitäten der SPD in Kronshagen informiert. Trotzdem möchte ich einige Punkte doch kurz erwähnen. Anfang des Jahres 88 beteiligten wir nach intensiven Diskussionen die Öffentlichkeit an der Willensbildung für oder gegen einen Wochenmarkt in Kronshagen. Nach gutem SPD-Brauch wollten und haben wir der Gesamtbevölkerung die Entscheidung über dieses Thema überlassen. Das Ergebnis wird Ihnen aus der Presse bekannt sein, denn im März wird der erste Wochenmarkt in Kronshagen stattfinden. Ein weiterer Schwerpunkt in Kronshagen ist die für ein Großteil unserer Mitbürger unbefriedigende Verkehrssituation.

Im März 88 stellten wir aus diesem Grunde den Bürgern in einer Veranstaltung die Auswirkungen des Generalverkehrsplanes der Stadt Kiel auf Kronshagen vor. Die Abhängigkeit in dieser Sache von Kiel erschwert natürlich sehr eine einigermaßen zufriedenstellende Lösung für Kronshagen, doch mit der Hilfe engagierter Bürger wird es gelingen, dieses Problem für die Betroffenen auf ein erträgliches Maß zu reduzieren. Leider wird es bei der bestehenden Straßenführung in Kronshagen immer ungleiche Belastungen für einzelne Bürger geben.

Über das Kommunale Wahlrecht für Ausländer wurde bei uns in Kronshagen im Oktober 88 diskutiert, weil wir der Meinung sind, dieses brisante Thema nicht allein von den Länderparlamenten und dem Bundesparlament behandeln zu lassen, sondern dem Bürger vor Ort die Möglichkeit zu geben, an der Willensbildung mitzuarbeiten. Dies soll nur ein kurzer Auszug dessen sein, was wir im vergangenen Jahr in Angriff genommen haben. Für die Zukunft wird weiterhin

unser kommunales Wahlprogramm vom März 86 richtungsweisend sein und die Interessen der Kronshagener stehen für uns damit im Vordergrund. Speziell gilt unsere Fürsorge den Problemen der Kinder und den Jugendlichen, sowie den jungen Familien.

Man hört immer wieder, daß Kronshagen eine »reiche« Gemeinde sei, dann sollen und werden wir diesen »Reichtum« auch positiv nutzen, zum Wohle aller. Dies heißt für uns als SPD, daß wir die Finanzkraft der Gemeinde einsetzen für die Allgemeinheit, und nicht zum Vorteil einzelner Personen und Interessengruppen, wie es leider immer wieder von der CDU versucht wird, zugegebenerweise leider manchmal sehr geschickt.

Wir als SPD werden weiter für auf richtige, transparente und ehrliche Politik mit den Bürgern und für die Bürger unserer Gemeinde eintreten.

SPD-Ortsvereinsvorsitzender und
Gemeindevertreter Helmut Huneke

Weniger Müll bessere Umwelt !!!

Wer Müll verhindert oder richtig aussortiert, hilft der Umwelt.

Beim Umweltschutz wird immer schnell nach dem Staat gerufen, der unsere Umwelt durch Auflagen und Verbote schützen soll. Bei unserem privaten Hausmüll haben aber alle die Möglichkeit ganz direkt selbst etwas für die Umwelt zu tun, dies macht allerdings manchmal ein klein wenig Mühe.

Für jede(n) Kronshagener(in) auch zu Fuß leicht erreichbar sind die grünen Sammelcontainer für

- * Altglas
- * Blech- und Alumüll
- * Altpapier

Zweimal im Jahr können wir Problemabfälle aus dem Haushalt bei der Feuerwache, Kopperpahler Allee abgeben. (Farben, Batterien, Medikamente)

Die Termine für 1989:

Freitag, 28. April 15.00-18.00 Uhr

Sonnabend, 9. Sept. 9.00-12.00 Uhr

Für Kunststoffabfälle gibt es noch keine befriedigende Beseitigung. Sie müssen noch immer gesondert verbrannt werden. Der Verzicht auf Plastikbehälter ist also 100% Umweltschutz!

Im 4-Wochen-Zeitraum wird jetzt nicht nur Sperrmüll, sondern auch Sondermüll (FCKWs) wie alte Kühl- und Gefriergeräte von den Haushalten kostenlos abgeholt. Absprachen telefonisch unter Tel. 54 20 41. Organische Abfallentsorgung ist für die 90iger Jahre in Spezialsäcken oder Biotonnen geplant. Die Unterbringung des Restmülls erfolgt durch die Hausmüllentsorgung mit - Abfallbehältern 70/80 l (4 Personen) - 110/120 l (6 Personen) - 1100 l Großbeh. (große Mieteinh.) Kostensteigerungen bei der Müllentsorgung, sowie Änderung der Abholzyklen haben sich 1989 verändert.

* Einführung der Möglichkeit einer 14-täg. Abfuhr der Abfallbehälter (20% Rabatt!)

* Einfrieren der Gebühr für 70/80 l Behälter trotz durchschnittlicher Erhöhung von 4,6% bei den größeren Müllbehältern.

In Kronshagen gibt es damit für die Bürgerinnen viele Möglichkeiten, aktive Beiträge zum Umweltschutz zu leisten. Müllverhinderung ist und bleibt die beste Tat.

Bärbel Adler-Schmidt

Notizen

Erste Vorschläge für die neuen Straßennamen am Eichkoppelweg sind beim Bürgermeister eingegangen. Zu Ehren von Widerstandskämpfern gegen die Nazidiktatur sollten die Straßen nach Martin Niemöller, Wilhelm Leuschner, Kurt Huber und Carl von Ossietzky benannt werden. Mit dieser Auswahl sollen vier ganz unterschiedliche Richtungen des Widerstandes gewürdigt werden: die kirchliche, die gewerkschaftliche, die philosophische und die publizistische.

Können sich die älteren Bürger durch einen Seniorenbeirat ausreichend vertreten fühlen?

Zu diesem Thema spricht der AW-Kreisvorsitzende MdL Jürgen Baasch am Donnerstag, dem 2. März um 20 Uhr im Bürgerhaus Saal C im Anschluß an die Jahresversammlung der Arbeiterwohlfahrt. Gäste sind herzlich willkommen.

Am 23.2. um 19.30 Uhr lädt der SPD-Ortsverein und die AsF in die Gemeindebücherei zu einer Diskussion und Information über

»Alternative Schulformen« Referenten: Hannelore Zander, Rektorin der Eichendorffschule; Heide Ziefuß, Oberstudienrätin; Dirk Söhren, GEW. Die Kronshagener Landtagsabgeordnete Ute Erdsiek-Rave wird ebenfalls anwesend sein.